

Berichte aus der Rechtswissenschaft

**Christine Seban**

**Das Beschleunigungsgebot in Haftsachen und  
sonstigen Strafverfahren und die Kompensation  
rechtsstaatswidriger Verfahrensverzögerungen**

D 29 (Diss. Universität Erlangen-Nürnberg)

Shaker Verlag  
Aachen 2011

**Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Erlangen-Nürnberg, Univ., Diss., 2011

Die Arbeit hat bei der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät – Fachbereich Rechtswissenschaft – als Dissertation vorgelegen.

Copyright Shaker Verlag 2011

Alle Rechte, auch das des auszugsweisen Nachdruckes, der auszugsweisen oder vollständigen Wiedergabe, der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen und der Übersetzung, vorbehalten.

Printed in Germany.

ISBN 978-3-8322-9781-7

ISSN 0945-098X

Shaker Verlag GmbH • Postfach 101818 • 52018 Aachen

Telefon: 02407 / 95 96 - 0 • Telefax: 02407 / 95 96 - 9

Internet: [www.shaker.de](http://www.shaker.de) • E-Mail: [info@shaker.de](mailto:info@shaker.de)

## Inhaltsverzeichnis

<b>Erster Teil:</b>	
<b>Festlegung des Untersuchungsgegenstandes und Gang der Darstellung</b>	1
A. Festlegung des Untersuchungsgegenstandes .....	1
B. Gang der Darstellung .....	3
 <b>Zweiter Teil:</b>	
<b>Die geschichtliche Entwicklung des Untersuchungshaftrechts im deutschen Strafprozessrecht</b>	5
A. Die Entwicklung des Untersuchungshaftrechts von 1877 bis zum Gesetz zur Wiederherstellung der Rechtseinheit von 1950 .....	5
I. Das Recht der Untersuchungshaft in der Reichsstrafprozeßordnung (RStPO) vom 1. Februar 1877 .....	5
1. Die Voraussetzungen für die Anordnung der Untersuchungshaft .....	6
2. Der Haftbefehl vor und nach Erhebung der öffentlichen Klage ..	9
3. Der Beschleunigungsgrundsatz in der RStPO vom 1. Februar 1877 .....	10
II. Die Entwicklung des Untersuchungshaftrechts bis zur Zeit des Nationalsozialismus .....	11
III. Das Recht der Untersuchungshaft in der Zeit des Nationalsozialismus .....	13
1. Das Gesetz zur Änderung von Vorschriften des Strafrechts und des Strafverfahrens vom 24. April 1934 .....	14
2. Das Gesetz zur Änderung von Vorschriften des Strafverfahrens und des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 28. Juni 1935 .....	15
3. Zwischenergebnis .....	17

## II

IV. Die Entwicklung des Untersuchungshaftrechts von 1945 bis zum Gesetz zur Wiederherstellung der Rechtseinheit vom 12. September 1950 .....	18
1. Die Besatzungszeit .....	18
2. Das Gesetz zur Wiederherstellung der Rechtseinheit vom 12. September 1950 .....	19
B. Die Entwicklung des Untersuchungshaftrechts von 1950 bis heute .....	21
I. Das Strafprozeßänderungsgesetz (StPÄG) vom 19. Dezember 1964 .....	22
1. Änderungen im Bereich des Untersuchungshaftrechts .....	23
a) Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit .....	23
b) Die Haftgründe der Flucht/Fluchtgefahr (§ 112 Abs. 2 Nr. 1, 2 StPO) und der Verdunkelungsgefahr (§ 112 Abs. 2 Nr. 3 StPO) .....	26
c) Die Haftgründe der Wiederholungsgefahr (§ 112 Abs. 3 StPO) und der Schwere der Tat (§ 112 Abs. 4 StPO) .....	28
d) Die Verfassungsmäßigkeit der Haftgründe der Schwere der Tat (§ 112 Abs. 4 StPO) und der Wiederholungsgefahr (§ 112 Abs. 3 StPO) .....	29
e) Das Haftprüfungsverfahren .....	30
2. Zwischenergebnis .....	32
II. Das Gesetz zur Änderung der Strafprozeßordnung vom 7. August 1972 .....	33
III. Gesetzesentwürfe und –änderungen der achtziger Jahre .....	36
IV. Gesetzesentwürfe und –änderungen der neunziger Jahre .....	38
V. Die Entwicklung des Untersuchungshaftrechts ab dem Jahr 2000 ....	40
C. Fazit .....	43

<b>Dritter Teil:</b>	
<b>Meinungsstand zum Beschleunigungsgebot in Strafsachen und dessen Auswirkungen auf die Untersuchungshaft in der neueren höchstrichterlichen Rechtsprechung</b>	
	45
A. Grundlagen .....	46
I. Allgemeine Grundlagen zum Beschleunigungsgebot in Strafsachen .	47
1. Die normative Verankerung des Beschleunigungsgebotes .....	47
a) Die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) .....	47
b) Das Grundgesetz (GG) .....	48
(1) Das Rechtsstaatsprinzip des Art. 20 Abs. 3 GG .....	49
(2) Das Freiheitsgrundrecht des Art. 2 Abs. 2 Satz 2 GG .....	50
c) Die Strafprozessordnung (StPO) .....	51
2. Der zeitliche Anwendungsbereich des Beschleunigungsgebotes .....	53
3. Der Inhalt des Beschleunigungsgebotes .....	55
a) Der Grundgedanke des Beschleunigungsgebotes .....	55
b) Absolute Zeitvorgaben aufgrund des Beschleunigungsgebotes .....	56
II. Die Bindungswirkung von Kammerentscheidungen des BVerfG, § 93 c Abs. 1 Satz 1 und Satz 2 BVerfGG i.V.m. § 31 Abs. 1 BVerfGG .....	59
1. Der Gegenstand der Regelung des § 31 Abs. 1 BVerfGG .....	59
2. Der Gegenstand der Regelung des § 93 c Abs. 1 BVerfGG .....	61
3. Die Bindungswirkung der Kammerentscheidung des BVerfG vom 5. Dezember 2005 .....	63
4. Zwischenergebnis .....	68
B. Auswirkungen des Beschleunigungsgebotes auf das Strafverfahren in den unterschiedlichen Verfahrensstadien .....	69

## IV

I. Die Auswirkungen des Beschleunigungsgebotes auf das Rechtsinstitut der Untersuchungshaft .....	69
1. Das Spannungsverhältnis zwischen Art. 2 Abs. 2 Satz 2 GG und dem staatlichen Strafverfolgungsinteresse .....	70
2. Die zeitliche Begrenzung der Untersuchungshaft durch das Beschleunigungsgebot .....	71
a) Der in Vollzug gesetzte Haftbefehl .....	71
b) Der außer Vollzug gesetzte Haftbefehl .....	73
3. Die Aufhebung des Haftbefehls aufgrund des Beschleunigungsgebotes .....	75
II. Die Berücksichtigung des Beschleunigungsgebotes nach Erlass des erstinstanzlichen Urteils .....	76
1. Die Berücksichtigung des Beschleunigungsgebotes bei der Entscheidung über die Anordnung der Fortdauer der Untersuchungshaft .....	77
2. Die Berücksichtigung des Beschleunigungsgebotes bei der Urteilsabsetzung, § 275 Abs. 1 StPO .....	78
3. Die Berücksichtigung des Beschleunigungsgebotes im Rahmen des Revisionsverfahrens .....	79
4. Die Berücksichtigung des Beschleunigungsgebotes im Rahmen des Verfassungsbeschwerdeverfahrens .....	81
III. Die Bedeutung des Rechtsmittelverfahrens bei der Beurteilung der Angemessenheit der Verfahrensdauer in Strafsachen .....	82
1. Das Revisionsverfahren .....	82
a) Kompensationspflicht aufgrund eines der Justiz zuzurechnenden Verfahrensfehlers .....	82
b) Kompensationsmöglichkeit aufgrund eines der Justiz zuzurechnenden Verfahrensfehlers .....	84
(1) Erhöhter Zeitbedarf als Folge des gesetzlich geregelten Rechtsmittelsystems .....	84
(2) Erheblichkeit der Schwere der Gesetzesverletzung .....	85

(3) Konsequenzen einer Kompensationspflicht für das Strafverfahren .....	86
2. Das Verfassungsbeschwerdeverfahren .....	87
3. Zwischenergebnis .....	88
C. Möglichkeiten der Kompensation einer eingetretenen Verfahrensverzögerung nach geltendem Recht .....	90
I. Annahme einer Verfahrenshindernisses .....	91
II. Berücksichtigung über die Möglichkeiten des Straf- und Strafverfahrensrechts .....	92
1. Das „Strafabschlagmodell“ des BGH .....	93
2. Das „Vollstreckungsmodell“ des BGH .....	94
a) Dogmatische Begründung des „Vollstreckungsmodells“ .....	94
b) Auswirkungen des „Vollstreckungsmodells“ .....	97
D. Möglichkeiten der Geltendmachung einer eingetretenen, nicht kompensierten Verfahrensverzögerung nach geltendem Recht .....	98
I. Art. 13 EMRK: Recht auf wirksame Beschwerde .....	99
II. Innerstaatlicher Rechtsschutz .....	103
1. Revision und Dienstaufsichtsbeschwerde .....	103
2. Geldentschädigungsansprüche .....	104
a) Anspruch aus dem Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen (StrEG) .....	105
b) Anspruch aus Amtshaftung .....	106

#### **Vierter Teil:**

<b>Meinungsstand zum Beschleunigungsgebot in Strafsachen und dessen         Auswirkungen auf die Untersuchungshaft in der Literatur</b> .....	109
A. Der zeitliche Anwendungsbereich des Beschleunigungsgebotes in Strafsachen .....	109

VI

B. Möglichkeiten der Berücksichtigung des Beschleunigungsgebotes in Strafsachen im Strafverfahren, insbesondere im Untersuchungshaftverfahren .....	112
C. Das BVerfG als „Superrevisionsinstanz“? .....	114
I. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz als „Allzweckwaffe“? .....	114
II. Die Vorgabe von konkreten Fristen durch das BVerfG .....	115
III. Praxisferne des BVerfG? .....	117
D. Möglichkeiten der Kompensation einer eingetretenen Verfahrensverzögerung nach geltendem Recht .....	119
I. Kritik des „Strafabschlagsmodells“ des BGH .....	120
II. Kritik des „Vollstreckungsmodells“ des BGH .....	122

**Fünfter Teil:**

**Eigene kritische Stellungnahme zum Beschleunigungsgebot in Strafsachen und zur Kompensation rechtsstaatswidriger Verfahrensverzögerungen** 129

A. Kodifizierung des Beschleunigungsgebotes in Strafsachen .....	129
B. Kodifizierung eines expliziten Rechtsbehelfs i.S.v. Art. 13 EMRK im innerstaatlichen Recht .....	132
I. Regelung in anderen europäischen Ländern .....	132
1. Österreich .....	133
a) Der Fristsetzungsantrag gemäß § 91 GOG .....	134
b) Der Devolutivantrag gemäß § 73 AVG .....	135
c) Das Strafverfahren .....	137
2. Frankreich .....	139
a) Die ordentliche Gerichtsbarkeit .....	139
b) Die Verwaltungsgerichtsbarkeit .....	141

3. Polen .....	142
a) Die ordentliche Gerichtsbarkeit und das verwaltungsergerichtliche Verfahren .....	142
b) Das Verwaltungsverfahren .....	149
4. Spanien .....	150
a) Die Schutzanforderung .....	151
b) Der Schadensersatzanspruch gemäß Art. 292 f. des spanischen Gerichtsverfassungsgesetzes .....	152
5. Zwischenergebnis .....	156
II. Verfassungsmäßigkeit eines Rechtsbehelfs i.S.v. Art. 13 EMRK .....	156
1. Der persönliche und sachliche Anwendungsbereich von Art. 97 Abs. 1 GG .....	157
2. Die Schutzwirkung der Garantie sachlicher Unabhängigkeit gemäß Art. 97 Abs. 1 GG .....	158
3. Zwischenergebnis .....	158
III. Konkrete Ausgestaltung eines Rechtsbehelfs i.S.v. Art. 13 EMRK ...	160
1. Referentenentwurf der Bundesregierung vom 22.08.2005: „Entwurf eines Gesetzes über die Rechtsbehelfe bei Verletzung des Rechts auf ein zügiges gerichtliches Verfahren (Untätigkeitsbeschwerdengesetz)“ .....	160
a) Der Regelungsgehalt des Referentenentwurfs vom 22.08.2005 .....	161
b) Kritik des Referentenentwurfs vom 22.08.005 .....	164
2. Referentenentwurf der Bundesregierung vom 15.03.2010: „Entwurf eines Gesetzes über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren“ ...	173
a) Der Regelungsgehalt des Referentenentwurfs vom 15.03.2010 .....	174
b) Kritik des Referentenentwurfs vom 15.03.2010 .....	180

VIII

3. Kabinettsbeschluss der Bundesregierung vom 18.08.2010: „Entwurf eines Gesetzes über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren“ .....	191
4. Eigener Vorschlag zu einem Entwurf eines „Gesetzes über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren“ .....	198
C. Schlussbemerkung .....	203
<b>Sechster Teil: Zusammenfassung</b> .....	205
Thesen der Dissertation.....	208
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	211